



'Biobasierte Kunststoffe sind die Zukunft der Wirtschaft'

"Biobasierte Kunststoffe sind die Zukunft der Wirtschaft"

Staatssekretär Peter Bleser eröffnet Fachkongress in Berlin
Peter Bleser, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, hat am Dienstag bei der Eröffnung des Fachkongresses "Biopolymere - Kunststoffe der Zukunft" im Umweltforum in Berlin die Bedeutung von nachwachsenden Rohstoffen für die Zukunft der Wirtschaft unterstrichen. "Viele Produkte aus unserem täglichen Leben werden aus fossilen Rohstoffen hergestellt. Erdöl steckt nicht nur in Benzin, sondern auch in Produkten wie Waschmittel oder Plastik. Wenn wir jedoch auch in Zukunft erfolgreich wirtschaften wollen, muss es unser Ziel sein, die Rohstoffbasis durch Innovationen auf Basis nachwachsender Rohstoffe langfristig zu sichern", sagte Bleser.
Da bei der Gewinnung und Verarbeitung von fossilen Rohstoffen vielfältige Umweltprobleme entstehen und fossile Rohstoffe knapper und damit auch teurer werden, strebt die Bundesregierung einen Strukturwandel von einer fossilen hin zu einer biobasierten Wirtschaft an. "Global und auf längere Sicht betrachtet geht es nicht mehr um die Frage, ob die Nutzung nachwachsender Rohstoffe gangbare Optionen sind, sondern darum, in welchen Bereichen die Biomassenutzung den größten gesellschaftlichen Nutzen bringt", erklärte Bleser. Großes Potenzial für Wirtschaft und Umwelt steckt in der Entwicklung biobasierter Kunst- und Werkstoffe, die in Verpackungsmitteln, langlebigen Konsumgütern, Baustoffen oder künftig auch im Automobilbau Verwendung finden. Vor diesem Hintergrund hat das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) seine Forschungsförderung gerade im Bereich dieser sogenannten Biopolymere erheblich ausgebaut. Derzeit investiert das BMELV rund 70 Millionen Euro in Forschungsprojekte zur stofflichen Nutzung nachwachsender Rohstoffe, zwei Drittel davon fließen in die Erforschung von biobasierten Kunst- und Werkstoffen. "Der Wandel zu biobasierten Produkten macht unser Wirtschaften nachhaltig und zukunftsfähig. Die Land- und Forstwirtschaft leistet dazu einen wichtigen Beitrag und liefert ressourcen- und umweltschonend erzeugte Kohlenstoffverbindungen aus Biomasse, die für den Wirtschaftskreislauf essentiell sind", sagte Bleser.

Weitere Informationen zum Fachkongress finden Sie im Internet unter <http://www.fnr.de/biokunststoffe-2012> .

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)
Wilhelmstraße 54
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 03 0 / 1 85 29 - 0
Telefax: 03 0 / 1 85 29 - 42 62
Mail: poststelle@bmelv.bund.de
URL: <http://www.bml.de>

Pressekontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

bml.de
poststelle@bmelv.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

bml.de
poststelle@bmelv.bund.de

Mit Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 22. Januar 2001 wurde das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) zu einem Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) umgebildet. Dem neuen Ministerium wurden aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit die Zuständigkeiten für den Verbraucherschutz sowie aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die Zuständigkeit für die Verbraucherpolitik übertragen. Darüber hinaus erfolgte die Verlagerung des Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärwesen (BgVV) in den Geschäftsbereich des BMVEL. Mit der Umorganisation erhält der vorsorgende Verbraucherschutz in Deutschland einen neuen Stellenwert. Dies soll unter anderem auch durch eine neue Landwirtschaftspolitik zum Ausdruck kommen, die den Erwartungen und Bedürfnissen der Verbraucher Rechnung trägt, ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Verbrauchern fördert, den Tierschutz weiterentwickelt und den Grundsatz der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft verankert. Da ein großer Teil der Politikbereiche des Ministeriums gemeinschaftsrechtlichen Regelungen unterliegt, besteht die wichtigste Aufgabe des Ministeriums darin, die vielschichtigen Interessen innerhalb Deutschlands zu kanalisieren und als deutsche Interessenlage in den Meinungsbildungs- und Rechtssetzungsprozess der Europäischen Union einzubringen. Darüber hinaus trägt das Ministerium dafür Sorge, dass Gemeinschaftsrecht in Deutschland ordnungsgemäß angewandt werden kann. Zum Geschäftsbereich des Ministeriums zählen - neben dem neu hinzugekommenen BgVV - unter anderem das Bundessortenamt, zehn Bundesforschungsanstalten sowie die Zentralstelle für Agrardokumentation und -information. Darüber hinaus hat das Ministerium die Aufsicht über vier Anstalten des öffentlichen Rechts, darunter die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.